Der Rote Hahn

FRANKFURTER INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE.

AUSGABE 06.2010 SPENDENBEITRAG AB 50 CENT

Liebe Leserinnen und Leser,

die kleine Sommerpause für unser Informationsblatt ist vorüber. Der metereologische Sommer hat sich zwischenzeitlich von seiner heißeren Seite gezeigt.

Das politische Klima in unserem Land scheint hingegen kälter zu werden:

die sogenannten Sparvorhaben der Bundesregierung belasten Familien, Geringverdienende und sozial Schwächere; Banken, Großunternehmen und Wohnhabende bleiben „verschont".

Die Partei DIE LINKE wendet sich gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und Organisationen gegen den fortgesetzten Angriff auf den sozialen Frieden, u.a. mit der Verleihung der „Größten Sparschweinerei".

Für die nächsten Wochen sind weitere Proteste vorbereitet.

Auch darüber werden wir im „Roten Hahn" berichten.

Informative Lesestunden wünscht

Ihre

ehrenamtliche

Redaktion

Frieden lernen

Wir handeln aus aktueller Verantwortung, wissend „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!"

Foto: Jayel Aheram

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

vor 71 Jahren zettelte Deutschland mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg an. Jährlich am 1. September gedenkt die europäische Friedensbewegung den Millionen Opfern dieses Krieges und den Opfern aller nachfolgenden Kriege. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind bewaffnete Konflikte und militärische Auseinandersetzungen allgegenwärtig. Dabei sterben Jahr für Jahr tausende Kinder, Frauen und Männer. Militärische Schläge verschärfen weltweit menschliches Leid, hinterlassen soziales Elend, wirtschaftliche Verwüstung und ökologische Zerstörung.

Der 1. September, der europaweite Antikriegs- und Weltfriedenstag, steht symbolisch für die Mahnung, dass der Vorrang militärischer Lösungen in der internationalen Politik nicht zukunftsfähig ist. Abrüstung, insbesondere die Abschaffung aller noch auf der Erde befindlichen Atomwaffen, die zivile Nutzung ehemaliger Militärflächen wie beim ehemaligen Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide sowie eine partnerschaftliche, gesellschaftliche Zusammenarbeit sind die politischen Maximen, die eine selbst bestimmte Entwicklung der Völker und der Menschen in Konfliktregionen eröffnen.

Der Weltfriedenstag, die mahnende Erinnerung an den 1. September 1939, ist für die Mitglieder der LINKEN verpflichtendes politisches Erbe deutscher Geschichte Dabei treten wir jeglichen Versuchen einer Geschichtsrevision und Banalisierung der Verantwortung für den vom Hitlerfaschismus entfesselten zweiten Weltkrieg konsequent entgegen.

Wir wollen, dass künftige Generationen in einer friedlichen, gerechten und demokratischen Welt leben. Wie Kriege gemacht werden, wissen wir, lernen wir endlich auch, wie man Frieden macht!

Auch in unserer Heimatstadt beteiligen wir LINKEN uns mit dem Friedensnetz, Kirchen, Organisationen und Parteien an den Aktivitäten zum 1. September. Lassen Sie uns gemeinsam ein deutliches Zeichen setzen – eine friedliche Welt ist möglich.

René Wilke

siehe auch Seite 12

Weitere Themen

Aktuelle Informationen auch im Internet unter **www.dielinke-ffo.de**

Spekulationsobjekt Gesundheit **Seite 3**

Wortmeldungen zum Programm **Seiten 8 und 9**

Gegen Sozialkahlschlag **Seite 11**

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir in aller Herzlichkeit:

Ebert, Helmut	am 01.09.	zum 80.
Plöger, Lieselotte	am 02.09.	zum 79.
Krüger, Karl-Heinz	am 06.09.	zum 79.
Dr. Hiltmann, Hans	am 08.09.	zum 79.
Breyer, Rudolf	am 11.09.	zum 89.
Wegener, Käte	am 12.09.	zum 78.
Endler, Helga	am 13.09.	zum 83.
Schleese, Ella	am 16.09.	zum 74.
Wullekopf, Günther	am 18.09.	zum 75.
Zilliges, Horst	am 18.09.	zum 82.
Oldenburg, Ernst	am 19.09.	zum 84.
Böttcher-Burkert, Ruth	am 20.09.	zum 77.
Hoffmann, Heinz	am 20.09.	zum 83.
Kreisel, Walter	am 22.09.	zum 81.
Schaller, Erika	am 25.09.	zum 75.
Langowski, Fritz	am 27.09.	zum 87.
Sternberg, Roswitha	am 28.09.	zum 70.
Müller, Christine	am 29.09.	zum 71.

Termine

Schließzeit des Bürgerbüros Scholz & Meier
02.08. bis 22.08.2010

07./14./21./28.09.2010, 10 Uhr
GKV
Kreisgeschäftsstelle

18.08.2010, 17 Uhr
Thälmann-Ehrung
Thälmann-Denkmal Kleistpark

21.08.2010, 10 Uhr
2. Werkstatt Programmdebatte „Analyse der jetzigen Gesellschaft“
Haus der Künste

25.08.2010, 15 Uhr
„20 Jahre Einheit – eine kritische Bilanz“ mit Prof. Dr. Horst Schneider
Gauß-Gymnasium

vom Brandenburger Seniorenverband mit GRH, RotFuchs

31.08.2010, 16 Uhr
Kreisvorstand
Kreisgeschäftsstelle

01.09.2010
Weltfriedenstag
17:00 Uhr Friedensglocke
17:30 Uhr Stadtbrücke
18:00 Friedenskirche

07.09.2010, 16 Uhr
Lesenachmittag Herta Scholze „Almanach der Emotionen“
Hotel zur alten Oder

12.09.2010, 10 Uhr
Ehrung der Opfer des Faschismus
Mahnmal OdF, Wiedckestraße

14.09.2010, 18 Uhr
„Ho Chi Minh. Eine Chronik“ Lesung mit dem Autor Hellmut Kapfenberger
AudiMax Europa-Uni, AM 03

veranstaltet vom VVN-BdA in Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Stiftung und KOWA

18.09.2010, 10-17 Uhr
Regionalkonferenz zur Programmdiskussion
Stadthalle Rostock,

teilnehmen werden GenossInnen aus den Ländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg/Vorpommern und Schleswig-Holstein.

20.09.2010, 16 Uhr
Kreisvorstand
Kreisgeschäftsstelle

25.09.2010, 10 Uhr
3. Werkstatt Programmdebatte „Gesellschaftliche Zielstellung – Demokratischer Sozialismus“
Haus der Künste

Weitere Informationen unter:
www.dielinke-ffo.de

Neues Deutschland

Kämpft als Tageszeitung
zusammen mit Junge Welt
gegen eisige Tage
profitverschuldeter Arbeitslosigkeit
dunkle Tage
des Wählerbetrugs
trüber Tage
der Begriffsvernebelung
von Demokratie
Dauersmog – Tage
politischer Gleichschaltung
gegen einen
unsozial verhagelten
Bundes – Tag

von Jürgen Riedel

Ho Chi Minh. Eine Chronik

„Der Journalist und Vietnamexperte Hellmut Kapfenberger lebte sieben Jahre in diesem Land. Er führt den Leser an die Schauplätze des Geschehens, zeichnet die Lebensstationen Ho Chi Minhs nach und liefert das nötige Hintergrundwissen über die Geschichte des Landes.“

(Verlagstext)

Dienstag, 14. September 2010
18.00 Uhr
im Raum AM 03
Auditorium Maximum
der Europa-Universität Viadrina

Veranstalter: VVN-BdA, RLS, KOWA

kurz und knapp

- Zum 85. Geburtstag von Josef Scholze überbrachten der Kreisvorstand und Mitglieder der Basisgruppe M 28 dem Jubilar in einer festlichen Runde herzliche Glückwünsche, verbunden mit dem gemeinsamen Dank für seine engagierte politische Arbeit und langjährige Mitgliedschaft in unserer Partei.

- Die Mitglieder der Basisgruppe S06 Hellmut Appel, Wolfgang Schmidt und Erik Rohrbach übergaben Genossen Heinz Vietze, „Chef“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung des Landes Brandenburg, nach der Mitgliederversammlung an Stelle von Blumen je ein Miniaturbuch, das sie in der Reihe „Greift zur Feder, Genossen!“ schrieben. Heinz Vietze bedankte sich als Fan von Miniaturbüchern sehr herzlich für diese unerwarteten Geschenke und versprach zu einer Buchvorstellung erneut nach Frankfurt (Oder) zu kommen.

- Die nächste Veranstaltung in der Reihe „Treffen mit Autoren der Roten Feder“ findet am Dienstag, dem 7. September 2010, 16.00 Uhr im Hotel und Restaurant „Zur Alten Oder“ statt. Unsere Genossin Herta Scholze wird erstmalig ihr neues Miniaturbuch „Almanach der Emotionen“ vorstellen.

Schwarz-Gelbe Koalition macht Gesundheit zum Spekulationsobjekt

In unserer ereignisreichen Zeit ist es notwendig sich zu erinnern

Vor einem Jahr, die Bundestagswahl und einige Landtagswahlen standen bevor, weltweit grassierte eine Finanz- und Wirtschaftskrise, verkündete Frau Merkel: „Wir haben die Kraft“, die Krise als Chance für wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen und mit dem hunderte Milliarden Euro umfassenden Rettungsschirm für die Banken auch noch die Steuern zu senken.

Ihr Wunschkoalitionär Herr Westerwelle (FDP) ließ uns wissen: „Arbeit muss sich lohnen“ und „mehr Netto vom Brutto“ sollen die Arbeitnehmer erhalten.

Großspurig kündeten sie Steuergerechtigkeit und eine „tiefgreifende“ Gesundheitsreform an. Gepriesen wurde die vom Bundestag beschlossene Rentengarantie.

Nun offenbart sich jeden Monat eine neue Wählertäuschung.

Aus der Steuerreform wurde laut Gewerkschaft ver.di ein „steuerpolitisches Chaos“, aus dem die Wohlhabenden profitieren. Schließlich wurde den Hoteliers noch ein Steuergeschenk überreicht.

Nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen „erkannten“ die Schwarz-Gelben Koalitionäre, dass wir über unsere Verhältnisse leben und hoben ein Sparpaket von 80 Milliarden Euro aus der Taufe. Im Mittelpunkt steht die rigorose Kürzung von Sozialausgaben (Streichung von Zuschlägen für Arbeitslose sowie von Elterngeld, Einbehalten der Beteiligung an der Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger u.a.).

Nach einem achtmonatigen Tauziehen von CDU, CSU und FDP rund um die Röslersche Idee der Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde eine Gesundheitsreform beschlossen, die aus mehreren Gründen diesen Namen nicht verdient. Dieses Machwerk ist vordergründig darauf gerichtet, durch eine zugespitzte einseitige Abzocke der gesetzlich für Krankheit Versicherten, das für das Jahr 2011 errechnete Defizit der Krankenkassen von ca. 11 Milliarden Euro auszugleichen. 11 Milliarden Euro Defizit im Gesundheitsfond – der Vergleich drängt sich auf – gemessen an der mehrere hundert Milliarden Euro umfassende Garantie für die Banken ein verschwindend kleiner Betrag. Allerdings, die Rettung der Banken hatte nach Lesart der Regierenden eine „systemrelevante“ Bedeutung, d.h. sie diente der Machterhaltung des kapitalistischen Systems.

Jetzt geht es „nur“ um die Gesundheit von Millionen „normalen“ Bürgern. Sie sollen sich ihre Gesundheit mehr kosten lassen, möglichst mit hohem Gewinn für die Akteure im Gesundheitswesen.

Aus dem Gerangel zwischen CDU, CSU und FDP, jede Partei war auf die Bevorzugung ihres Klientel bedacht, ist eine Erhöhung des Kassenbeitrages von 14,9 % auf 15,5 % herausgekommen. Davon haben die Versicherten 8,2 % zu tragen.

Die Krankenkassen werden vom Gesetzgeber ermächtigt, bei Bedarf von ihren Mitgliedern höhere Zusatzbeiträge zu verlangen. Für deren Höhe gibt es keine Begrenzung. Den Arbeitgebern wird garantiert, dass ihr Beitragsanteil mit 7,3 % festgeschrieben bleibt.

Die Praxisgebühr für die Versicherten wird natürlich weiter erhoben.

Darüber hinaus sind Einsparungen bei Ärzten, Arzneimitteln sowie in den Krankenhäusern vorgesehen. Das wird die Einschränkungen von Leistungen bzw. die Erhöhung der Kosten für die Versicherten nach sich ziehen.

Die Schwarz-Gelbe Koalition lagert faktisch die Festlegung der Kopfpauschale an die Krankenkassen aus. Jeder Versicherte kann nun, da wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben, frei entscheiden, von welcher der 166 Krankenkassen er sich eine Kopfpauschale verordnen lässt. Damit wird Gesundheit immer mehr zum Spekulationsobjekt.

Die Arbeitnehmer werden also zukünftig, nicht wie versprochen, mehr, sondern weniger Netto vom Brutto haben. Trotz zugesicherter Rentengarantie werden die Rentenempfänger garantiert weniger Rente auf ihrem Konto vorfinden.

Zeitgemäße Strukturprobleme, wie die staatliche Einflussnahme auf die Preisbildung für Medikamente, werden weitestgehend ausgeklammert. So wissen wir aus eigener Erfahrung, dass in der BRD hergestellte Medikamente in anderen EU-Ländern, wie in Polen, z.T. wesentlich billiger als bei uns sind.

Von einer Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in die gesetzliche Versicherung und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zur Erhöhung der Einnahmen ist keine Rede. Auch die Notwendigkeit von fast 200 Krankenkassen mit hohem Verwaltungsaufwand wäre zu hinterfragen.

Diese von CDU, CSU und FDP inszenierte „Reform“ überschreitet in der Unverfrorenheit des Abkassierens von Millionen gesetzlich Versicherter und mit ihrer Klientelpolitik das Maß der Erträglichkeit.

Ihre Verwirklichung muss durch umfassenden gesellschaftlichen Protest und Widerstand verhindert werden. Dem entspricht die vom Parteivorstand der Linkspartei beschlossene Kampagne zur Gesundheitspolitik „Gesundheit ist keine Ware“. Sie wird vom Landesvorstand Brandenburg mit Veranstaltungen und der Mitwirkung in regionalen und lokalen Aktionsbündnissen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Vereinen unterstützt.

Wo immer es möglich ist, sollten wir uns selbstbewusst einreihen.

Horst Dahlmann

Zentrale Kampagne

„Gesundheit ist keine Ware“

Der Kreisvorstand hat auf seiner letzten Sitzung Anfang August die aktive Beteiligung an der vom Parteivorstand beschlossenen bundesweiten Gesundheitskampagne beraten.

In den kommenden Wochen werden wir gemeinsam mit den Basisvorsitzenden und Arbeitsgruppen beim Kreisvorstand Themen und Formate besprechen sowie die entsprechenden Veranstaltungen organisieren – bitte achtet dazu auf die aktuellen Informationen in der Geschäftsstelle und bei Euren Basisvorsitzenden.

Legenden und Erkenntnisse

Ein Kommentar von Klaus Lederer zur Wahl des Bundespräsidenten

Sozialdemokraten und Grüne sind sich einig: DIE LINKE habe bei der Wahl des Bundespräsidenten eine große politische Chance verpasst. Es hätte doch so schön werden können. Ein rotrotgrünes Bündnis setzt einen Bundespräsidenten Joachim Gauck durch, stürzt damit die schwarz-gelbe Bundesregierung in eine schwere Krise, erzwingt möglicherweise Neuwahlen, ebnet den Weg für ein linksökologisches Bündnis vielleicht sogar mit Beteiligung der Linken ... Das alles aber habe DIE LINKE mit ihrer sturen Anti Gauck Haltung versemmelt. Unfähig, über ihren Schatten zu springen, habe sie letztlich Christian Wulff ins Amt gebracht.

Die Legende verkauft sich gut. Sie wird von Gabriel und Trittin gestreut und von fast allen Journalisten übernommen. Sie ist eingängig, bestätigt liebevoll Vorurteile über halsstarrige Linke. Und ist doch grundfalsch. Die Journalistin Bettina Gaus fasst in der taz den rotgrünen Irrtum richtig zusammen: »Joachim Gauck nicht gewählt zu haben, war seitens der Linken kein Unfug, sondern eine Konsequenz, die sich zwingend aus den jeweiligen Standpunkten ergab. Außenpolitisch und sozialpolitisch könnten die Gräben tiefer nicht sein. Wer angesichts dessen meint aus der Ablehnung von Gauck ein ungeklärtes Verhältnis zur Stasi ableiten zu können, argumentiert entweder demagogisch oder zeigt, dass er Inhalte in der Politik für bedeutungslos hält und ihn allein die koalitionäre Farbenlehre interessiert. Im Hinblick auf einen möglichen Regierungswechsel stimmt das nicht hoffnungsvoll. Für das Prinzip Beliebigkeit werden Neuwahlen nicht gebraucht.«

Hinzu kommt: Die drei Wahlgänge für Wulff, das trostlose Bild von schwarzgelb, die Kalamitäten, in die Frau Merkel geraten ist, gehen entscheidend auf DIE LINKE zurück. Nur weil DIE LINKE eine eigene Kandidatin aufgestellt hatte, nur weil sie ihre Ablehnung des Kandidaten Gauck deutlich signalisierte, haben sich 44 Wahlfrauen und -männer überhaupt getraut, ihrem Unmut über die Kanzlerin durch Stimmabgabe für Gauck Ausdruck zu verleihen. Wenn es ungefährlich und ohne Konsequenzen ist, trauen sich auch CDUlerlnnen und FDPlerlnnen, den Helden zu geben. Im dritten Wahlgang, als die einfache Mehrheit reichte, es also riskant war, wurden die Mutigen wieder vernünftig und bescherten Herrn Wulff eine absolute Mehrheit, so dass das Stimmverhalten der LINKEN für den Ausgang der Wahl unerheblich war.

Neben der Zerrüttung der, schwarz-gelben Koalition bleibt nach diesem Tag aber auch die Erkenntnis: der Weg zu anderen politischen Mehrheiten in diesem Land ist noch ein sehr weiter. Das betrifft nicht nur die gemeinsamen Inhalte, auf die sich ein rotrotgrünes Bündnis noch verständigen und für die es Rückhalt in der Bevölkerung gewinnen muss. Dafür müsste auch eine andere Kultur im Umgang miteinander entstehen, die die jeweiligen Sichtweisen respektiert, statt denunziert, und längerfristige Gemeinsamkeiten sucht, statt auf den tagespolitischen Punktsieg im parteipolitischen Wettbewerb zu setzen. Spätestens an dieser Stelle gilt es für DIE LINKE, auch das eigene Agieren an dem einen oder anderen Punkt, und nicht beschränkt auf diesen Tag, zu überdenken. Das Spektakel, das an diesem Tag von der Opposition geboten wurde, dürfte die Attraktivität eines solchen Bündnisses bei den Menschen außerhalb des Saales kaum gesteigert haben.

Absurdes Urteil

Zum jüngsten Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig, wonach die Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz weiterhin erlaubt ist, erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ludwig:

Wir sind empört über das Urteil, wonach DIE LINKE weiter vom Verfassungsschutz beobachtet werden darf.

DIE LINKE ist in 13 von 16 Landtagen vertreten, hat mittlerweile rund 300 parlamentarische Abgeordnete bundesweit. Sie regiert in Berlin und Brandenburg und stützt eine rot-grüne Minderheitsregierung in NRW. Fast 5 Millionen Menschen haben sie 2009 in den Bundestag gewählt. Das alles wäre nicht möglich, wenn einzelne Gruppierungen die Linie der Partei bestimmen könnten.

Der Brandenburger Landesverband ist zudem sogar verfassungsgebende Partei gewesen. Deshalb ist es gut und richtig, dass DIE LINKE hierzulande nie durch den Verfassungsschutz beobachtet wurde.

DIE LINKE gehört längst zum parlamentarischen Alltag in Deutschland. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist daher absurd.

Abwasser – Politik

Seehofer macht in seetiefer Sympathie
Unternehmen den Hof
lassen trotz Höchstprofit
Menschen abstürzen
Westerwelle auf darmwind warmer Welle
schäumender Selbstüberschätzung
will Western – schießwütig
das Soziale totballern
Merkel hält die Kelle ins Meer
um es abzuschöpfen
zu stumpf für Spitzenpolitik

von Jürgen Riedel

Gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen

In der Partei DIE LINKE gibt es eine Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen. In ihrem Prospekt heißt es: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ist ein individuell garantiertes Recht auf Einkommen in einer existenz-und teilhabesichernden Höhe, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit oder einer anderen Gegenleistung ...“

Im Juni nahm ich an einer Veranstaltung an der Uni mit Katja Kipping teil. Sie referierte über das bedingungslose Grundeinkommen. Folgten wir ihrer Forderung, würden wir akzeptieren, dass die Arbeitslosigkeit nie beseitigt werden wird. Auf der Veranstaltung habe ich meine Bedenken geäußert. In meiner Jugend habe ich bei Friedrich Engels „Die Rolle der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ gelernt. Meine Frage, ob das bedingungslose Grundeinkommen vielleicht auch .dazu führen könnte, dass die Menschheit sich zurück entwickeln soll, hat sie nicht beantwortet.

Weil Katja Kipping sich inzwischen an der Programmdiskussion mit der Kritik beteiligt hat, dass das bedingungslose Grundeinkommen im Programmentwurf nicht enthalten ist, möchte ich meine Bedenken äußern. Die Linke fordert Arbeit für alle. Wir haben im Programmentwurf auch Wege dazu aufgezeigt, wie z.B. gleichen Lohn für gleiche Arbeit, einen existenzsichernden, flächendeckenden Mindestlohn, die Sicherung guter Ausbildung, die Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich usw.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen würde dem entgegenwirken.

Margot Theben

Herzlich Willkommen Bjarne Joric

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,**

für alle diejenigen, die es noch nicht anderweitig erfahren haben, will ich Euch mitteilen, dass meine Familie größer geworden ist und wir unseren kleinen Stern am 23. Juli wohlbehalten im Leben empfangen konnten.

Wir sind voller Liebe, Respekt und Dankbarkeit, unseren Sohn von nun an, auf einem Teil seines Weges, in dieser Welt begleiten zu dürfen.

Willkommen im Leben, Bjarne Joric E.

Herzlichen Glückwunsch, liebe Kerstin und lieber Stefan, zur Geburt Eures Sohnes. Wir freuen uns mit Euch und wünschen alles erdenklich Gute.

Anforderungen an ein CCS Gesetz

Beschluss des Landesvorstandes der LINKEN Brandenburg vom 03.07.2010

Im Koalitionsvertrag heißt es

„Eine wichtige Option ist die CCS-Technologie. Die Koalition wird sich für eine Erprobung und Demonstration dieser Technologie in Brandenburg einsetzen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von C02 muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Ein umfassender Informationsanspruch der Bevölkerung vor und während der Maßnahmen muss abgesichert werden. Die Koalition wird die Forschung auf diesem Gebiet weiter unterstützen, damit die noch offenen Fragen zur Anwendung der C02-Speicherung beantwortet werden können. Die Koalition ist sich darin einig, dass der Prozess der Einführung neuer Technologien durch eine verstärkte Moderation der öffentlichen Hand begleitet werden muss, um die sich daraus ergebenden regionalen, sozialen und ökologischen Konflikte minimieren zu können.

Die Landesregierung wird sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die notwendige Rohstoffsicherungsklausel des Bundesberggesetzes durch soziale und ökologische Kriterien ergänzt wird.

Die erforderlichen C02-Speicher und Leitungsinfrastrukturen sind planungsrechtlich zu sichern. Hinsichtlich der Eignung bestimmter Gesteinsformationen für die Speicherung von Erdgas, C02, für die tiefe Geothermie oder andere Nutzungen sollen die unterschiedlichen Nutzungsansprüche koordiniert werden. Eine langfristige Strategie für das C02-Management sollte auf den drei Säulen Vermeidung, Speicherung und Verwertung beruhen. Auch die Grundlagenforschung für die stoffliche Verwertung soll ausgebaut werden.“

Der Landesvorstand steht zu diesem von einem Landessonderparteitag mit großer Mehrheit akzeptierten Kompromiss und bekräftigt zugleich den Landesparteitagsbeschluss „Energiewende gemeinsam herbeiführen“ vom 4. November 2009. Wir begrüßen, dass die Landesregierung den Dialog zu diesem Thema mit der Region aufgenommen hat und auf ihre Initiative hin ein Beirat unter Einbeziehung der betroffenen Gemeinden gegründet wurde.

Wir begrüßen die Erklärung der Landesregierung, auch rechtlich gesicherte Ansprüche keinesfalls gegen den Willen von Grundstücksbesitzern mit polizeilicher Gewalt durchsetzen zu wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sommerpause neigt sich dem Ende. Pünktlich dazu erscheint der neueste Rote Hahn, damit wir bestens informiert in die zweite Hälfte des (politischen) Jahres gehen können. Viel wurde über DIE LINKE gesprochen in den letzten Wochen. Über die Wahl des Bundespräsidenten und das Verhalten der LINKEN, unsere Rolle in NRW und vor allem über unseren Vorsitzenden Klaus Ernst. Insbesondere letzteres wirft viele Fragen auf bei Bürgerinnen und Bürgern. In unserer Mitgliedschaft wohl ebenso. Der Parteivorstand hat sich schützend hinter ihn gestellt. Ich weiß nicht mit wie viel Überzeugung aber das spielt wohl auch keine Rolle. Hatte der Vorstand eine andere Wahl? Ich weiß nicht wie es euch geht, aber bei aller innerparteilichen Solidarität und wohl wissend, dass bei Politikern von uns jede Chance zur Diskreditierung genutzt wird, hinterlässt es dennoch auch bei mir Spuren. In die Köpfe anderer können wir nicht schauen. Uns zu moralischen Instanzen zu erheben, die über gut und böse entscheiden, verurteilen oder frei sprechen, steht uns wohl kaum zu. Und dennoch beschäftigt es mich. Euch wahrscheinlich auch. Was also tun, um sich eine Meinung dazu zu bilden, ohne von vorn herein ungerecht zu sein und ohne einer möglichen Kampagne auf dem Leim zu gehen? Ich habe mich dazu entscheiden mich selbst zu fragen, wie ich in einer vergleichbaren Situation gehandelt hätte. Ohne das heutige Vorwissen. Muss es der Porsche als Vorsitzender der LINKEN sein? Muss es das Zusatzgehalt sein? Und wo rechnet man Flüge ab, wenn sie einer Nebentätigkeit dienen? Ist es nötig soviel Angriffsfläche zu bieten? Aber auch: Gilt für unsere Politiker bezüglich all dieser Fragen ein anderer Maßstab als für Politiker anderer Parteien? Dazu muss sich jeder selbst befragen, um dann zu wissen, wie man es für sich selbst bewertet.

Es gibt aber auch bei weitem wichtigere Themen. Die Zukunft des Polizeistandortes Frankfurt (Oder) zum Beispiel. Hier planen alle Parteien gemeinsame Protestaktionen, um sehr deutlich zu sagen, dass nicht alles nach Potsdam verlagert werden muss, dass man einer Stadt mit sinkender Einwohnerzahl und gleichzeitigen Funktionen als regionales Oberzentrum nicht hilft, wenn man Personal in dieser Größenordnung in eine ohnehin wachsende Stadt wie Potsdam verlagert. Diese Proteste werden nur dann etwas bringen, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden und ihre Auffassung wieder spiegeln. Nur dann kann es gelingen das Meinungsbild im Landtag zu beeinflussen. Dass hier vor Ort alle Parteien gemeinsam daran arbeiten wollen, ist dafür ein sehr wichtiger Schritt!

Auch steht im kommenden Monat der Start der Haushaltsdebatte an. Unser Beigeordneter, Frank Dahmen, bereitet diese derzeit intensiv vor. Dazu wurde unter anderem eine Arbeitsgruppe aus je zwei Mitgliedern jeder Fraktion gebildet. Frank Dahmen hat damit gleich zu Beginn seiner Amtszeit zwei sehr heiße Eisen im Feuer und muss gemeinsam mit der Fraktion und der Partei seine erste Bewährungsprobe bestehen.

Für uns als Partei des Friedens besonders wichtig, ist der diesjährige 1.September. Gemeinsam mit dem Friedensnetz arbeiten wir an der Vorbereitung einer Veranstaltung zum Weltfriedenstag, die aufrüttelt, die ein Zeichen setzt und die hoffentlich viele Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sommerpause geht zu ende. Hoffentlich erholt und mit frischer Kraft, geht es nun an die anstehenden Aufgaben. Und von diesen gibt es wie immer genug. Packen wir`s an!

Ein „Höhenflug“ der Bundeskanzlerin

Die Bundeskanzlerin war vor der Sommerpause noch mal viel auf Reisen.

In mehreren Ländern ließ sie sich als Managerin der Krise feiern, woanders erteilte sie weise Ratschläge zur Marktwirtschaft sowie zu Menschenrechten.

Derweil geht es in der schwarz-gelben Regierungskoalition drunter und drüber. Sparpaket, Gesundheitsreform, Geldmangel in den Städten und Gemeinden sowie die Verlängerung der Laufzeiten maroder Atomkraftwerke stoßen auf zunehmenden gesellschaftlichen Widerstand und führen zu Streit zwischen CDU, CSU und FDP. Ungeachtet der großen hausgemachten wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Land trat sie auf der Bundespressekonferenz vor ihrem Urlaubsantritt zu einem „Höhenflug“ an.

Arrogant erklärte sie angebliche Erfolge ihrer Regierung bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die BRD steht im internationalen Vergleich gut da. In der Welt werde es als Wunder wahrgenommen, dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat sinkt.

Schließlich sprach sie selbstbewusst: „Ich habe immer gesagt, in der Krise werden die Karten neu gemischt.“ Es kommt darauf an, stärker als zuvor aus ihr hervorzugehen. Die sozialen Sicherungssysteme werden jetzt krisenfest gemacht und der Haushalt konsolidiert.

Ja, Frau Merkel, Herr Westerwelle und das sie umgebende Team vollbringen „Wunder“. Die Arbeitslosigkeit sinkt dank Niedriglohn, aus Angst vor Hartz IV und indem Ein-Euro-Jobber, ABM- und Lehrgangsteilnehmer, an private Vermittler übergebene Arbeitslose sowie solche, die älter als 60 Jahre sind, und Kranke „ausgebucht“ werden. Die Hartz-Regelungen und das Sparpaket sowie die Gesundheitsreform zu Lasten der sozial Schwachen sind für die Bundeskanzlerin kein Thema. Ihre zynische Antwort: „Wir wollen die Anreize erhöhen, Arbeit aufzunehmen.“ Diese „Anreize“ sind die Grundlage für die Europaweit niedrigsten Stücklohnkosten der deutschen Konzerne. Da boomt der Export, so auch von Kriegsgerät u.a. nach Griechenland, dem Frau Merkel unlängst beigebracht hat, wie im Sozialen zu sparen ist.

Die schwarz-gelbe Koalition macht es möglich, dass die Banken und Konzerne die Kosten der von ihnen verursachten Krise nicht zu tragen brauchen. Da jubeln die Börsianer wieder. Das vermeintliche Wunder bezahlen Erwerbslose, Rentner, Hartz-IV-Familien, Krankenversicherte, Niedriglohnverdiener und zunehmend auch der Mittelstand.

Und damit jeder weiß, wo „der Hammer hängt“, erklärte Frau Merkel machtbewusst: „Die Gestaltungsmacht, die mir gegeben ist, spiegelt sich natürlich in jedem meiner Worte wider.“ Hinzuzufügen ist, in den diesen Worten folgenden Taten. Wie lange noch?

Es ist höchste Zeit, dass alle Normalempfindenden, übergreifend über alle gesellschaftlichen Bewegungen und Parteien zum Wohle aller Menschen unseres Landes, dieser neoliberalen Politik ein Ende setzen.

Theo Plontasch

Kinder und junge Eltern als Zielobjekt des Sparens

Zum Auftakt des Aktionsprogramms der LINKEN gegen den schwarz-gelben Sozialkahlschlag, verlieh die Bundesgeschäftsführerin der LINKEN, Caren Lay, der Bundesfamilienministerin Schröder den Negativpreis der LINKEN für „Die größte Sparschweinerei“.

Der „Preis für die größte Sparschweinerei“ darf mit Recht als Auszeichnung der Superlative verstanden werden. Denn das Teilnehmerfeld ist in diesem Jahr so groß wie noch nie. Die gesamte Bundesregierung hat sich daran beteiligt und ihre Beamtenschar um Vorschläge gebeten, hochrangige Kommissionen wurden eingerichtet. Jeder Konservative und Neoliberale, der auf sich hält, hat mit eigenen Ideen geglänzt. Und wir bekamen völlig neue, innovative, ja geradezu umwerfende Ideen und Vorschläge vorgeführt. Manch einem steht jetzt noch der Mund vor Verblüffung offen. Das Signal an die Öffentlichkeit: Es darf wieder experimentiert werden! Im Ringen um den Titel der „größten Sparschweinerei“ hatte die Jury mehr als ein Filetstück zu beurteilen.

Der „1. Preis für die größte Sparschweinerei“ geht an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder!

Schon allein das Kürzungsvolumen hat es in sich, denn wir reden hier von 600 Millionen Euro im Jahr. Und noch besser, noch kreativer und noch überraschender wird es, wenn wir sehen, wo diese 600 Millionen gekürzt werden. Nachdem es bei den Kürzungsvorschlägen der Vergangenheit Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern und chronisch Kranken an den Kragen gegangen ist, haben wir es hier mit einer Zielgruppe zu tun, an die sich die Politik bislang noch nicht herangewagt hat: Sie denken jetzt sicherlich, es ginge den Gewinnern und Profiteuren der Finanzmarktkrise an den Kragen.

Weit gefehlt: gekürzt werden soll bei jungen Familien, insbesondere denen mit den ganz geringen Einkommen! Welche überragende, perfide Idee, dass dieser Vorschlag von der Familienministerin selbst kommt!

Sie hat sich nicht ablenken lassen von dem ganzen linksradikalen Geschrei nach Finanztransaktionssteuer, Vermögensabgabe, Millionärssteuer oder Finanzmarktregulierung. Sie bleibt ihrer strammen konservativen Gesinnung treu: Ministerin Schröder kehrt vor der eigenen Haustür!

Eben noch war sie ein weithin unbekanntes Nachwuchstalent im Kürzungsorchester. Aber mit dem Paukenschlag im Bereich des Elterngeldes hat sie sich den Platz in der ersten Reihe gesichert. Hier passt alles: Kürzen geht nicht besser! Kinder und junge Eltern als Zielobjekt des Sparens, dafür braucht man schon eine Menge Phantasie, da braucht man Chuzpe, da braucht man eben Kristina Schröder!

Und es braucht Mut. Denn es gibt ja genug Menschen in diesem Land, die der irrigen, sozialistischen, ja fast schon kommunistischen Auffassung aufgesessen sind, dass Kinder für soziale Ungerechtigkeit nicht in Haftung genommen werden dürften – und für die Spekulationen der Banken schon gar nicht. Doch Ministerin Schröder widersteht dieser üblen Hetze. Ja, Ministerin Schröder macht Schluss mit der sozialen Hängematte, an die Kinder von Hartz IV-Empfängern schon in der Wiege gewöhnt werden! Endlich dürfen auch unsere Jüngsten am Wettbewerb um den härtesten Ellenbogen teilnehmen – so sind sie für unsere hartherzige Ellenbogengesellschaft bestens gerüstet. Und sie lernen schon von klein an, wo ihr Platz in dieser Gesellschaft ist: ganz unten!

Dafür verleihen wir den „1. Preis für die größte Sparschweinerei“ an die Familienministerin Kristina Schröder!

Hiroshima und Nagasaki mahnen

65 Jahre nach den Atombombenabwürfen: Grußbotschaft MdEP Helmut Scholz (LINKE) an Hiroshima-Gedenkveranstaltung in Frankfurt (Oder), 6. August 2010

Vor 65 Jahren, am 6. August 1945, löschte die US-amerikanische Atombombe „Little Boy“ eine ganze Stadt aus. Bis heute gilt das japanische Hiroshima als Inbegriff des Schreckens, der mit dem Einsatz von Nuklearwaffen verbunden ist. Bis zu 200.000 Menschen wurden bei dem erstmaligen und völlig unbegründeten Atombombenabwurf sofort getötet, zehntausende starben in den folgenden Wochen, vier Fünftel des Stadtgebiets verwandelten sich in Schutt und Asche. Noch Jahrzehnte nach dem Angriff fordert die Bombe Opfer, über Generationen hinweg.

Alljährlich am 6. August mahnt die Friedensglocke von Hiroshima um 8.15 Uhr, dem Zeitpunkt der Explosion von „Little Boy“, an das Ereignis, das sich tief in das Gedächtnis Japans und der Welt eingegraben hat.

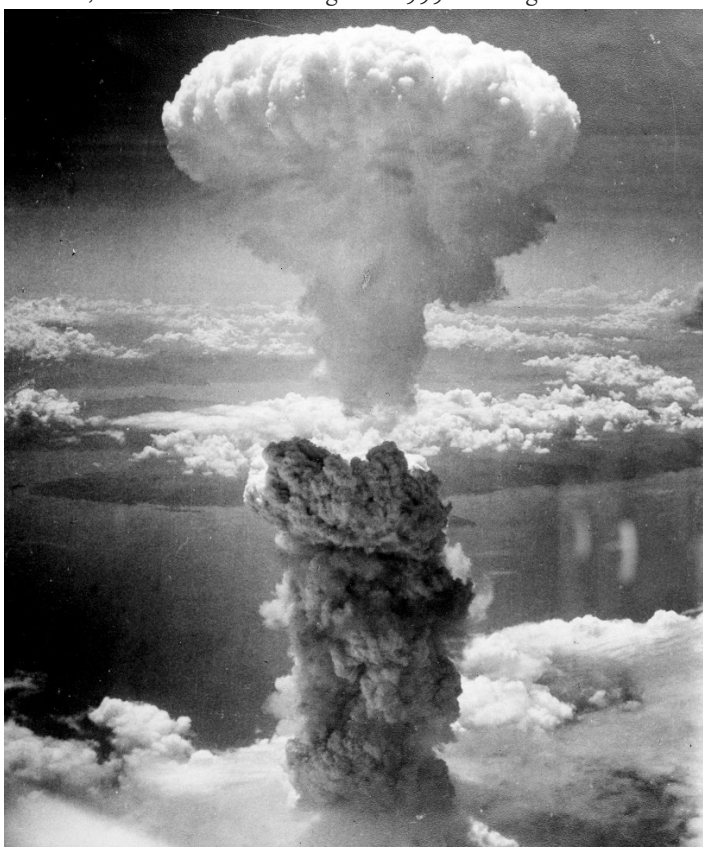
Wie aktuell der Kampf gegen Atomwaffen und eine Politik der fortgesetzten Aufrüstung ist, hat sich erst in letzten Wochen und Monaten gezeigt. Die Drohung mit Kernwaffen, so scheint es, hat wieder den Weg in die Politik gefunden, in regionalen Konflikten wird weiter die atomare Karte gespielt, Nuklearprogramme werden nicht strikt auf zivile Aspekte begrenzt. Vor allem aber fehlt, trotz aller kleinen Schritte, ein nachhaltiger Beitrag und damit das entsprechende internationale Signal der großen Atommächte zu Begrenzung und Abbau der Nuklearsenale. Der Gipfel zur nuklearen Sicherheit im Frühjahr in Washington wie auch die Überprüfungskonferenz zum Nichtweiterverbreitungsvertrag im Mai blieben einen entsprechenden Beitrag der Atomwaffenstaaten schuldig.

Dabei sind die Chancen, Atomwaffen dauerhaft zu ächten und die Arsenale abzubauen, heute besser denn je. US-Präsident Barack Obama hält trotz des Widerstands auch in den USA selbst an seiner Vision von einer kernwaffenfreien Welt fest. Die aktiv und selbstbewusst auftretende weltweite Friedensbewegung erinnert - wie heute hier in Frankfurt an der Oder - die Nuklearstaaten an ihre völkerrechtlich verankerte Verpflichtung zu Friedenserhaltung und Abrüstung und fordert konkrete Maßnahmen ein. 65 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki muss dem nuklearen Schrecken endlich ein Ende gesetzt werden.

Was geschah vor 65 Jahren?

Wir schreiben die Daten 6. und 9. August 2010. Anfang der 60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts schrieb Ilja Ehrenburg im letzten Band seiner Memoiren: *„Früher interessierten sich die Europäer, wenn sie nach Japan kamen, für Geishas und blühende Kirschbäume... Jetzt haben die Touristen ‚Atompilze‘ vor Augen.“*∗

Ich frage mich, haben wir auch heute noch, wenn wir an Japan denken, die Atompilze von Hiroshima und Nagasaki vor Augen? Ich bezweifle es. Es wird zu schnell vergessen. Vergessen, dass beim Abwurf der ersten Atombombe, perverser Weise „Little Boy“ genannt, auf Hiroshima 90 000 Menschen sofort, bis Ende 1945 weitere 130 000 und insgesamt an den Spätfolgen etwa 240 000 Menschen starben; vergessen, dass der zweite Abwurf auf Nakasaki, nur 3 Tage später mit den Spätfolgen 60 000 bis 80 000 Opfer forderte. Warum meine ich vergessen? Weil immer noch in der Welt gebombt wird, wenn auch nicht mit Atombomben. Aber haben die Atombombentests etwa aufgehört? Keineswegs. Die am stärksten mit Atomwaffen bestückten Staaten lassen nicht ab von Appellen und Drohgebärden gegen andere Staaten, wo Atomforschung betrieben oder Atombomben und Tests vermutet werden, ohne auch nur die geringsten Abstriche bei der eigenen Weiterentwicklung atomarer Waffentechnik in Erwägung zu ziehen.



Der Atompilz über Hiroshima, fotografiert aus dem Heck der *Enola Gay*.

1999 beteiligte sich die damalige PDS erstmalig an der Wahl des Bundespräsidenten mit einem eigenen Kandidaten, der parteilosen Uta Ranke-Heinemann. Nur einen Satz nannte die Kandidatin der Linken als ihr Wahlprogramm: „Hört auf zu bomben!“ Er verhallte. Gewählt wurde damals Johannes Rau.

Vor vielen, vielen Jahren, verantwortete ich in der Betriebszeitung in einem Beitrag zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nakasaki den abschließenden Satz des Autors: „Nur wenn es uns gelingt, alle Friedenskräfte der Welt im Kampf gegen Kriege zu vereinen, werden wir mehr als nur Überlebende von Hiroshima sein“. Und dieser Satz hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Leider sind wir dem Ziel kaum näher gekommen, auch wenn seit 1945 keine Atombomben auf Städte und Menschen gefallen sind. Es ist kein Grund zur Beruhigung.

Ist uns eigentlich bewusst, dass auch in unserem Land immer noch amerikanische Atomwaffen lagern, 65 Jahre nach dem Schrecken des 2. Weltkrieges?

Ella Schleese

∗ Ilja Ehrenburg „Menschen Jahre Leben“, Band IV, S. 107

Quellen, Wurzeln, Traditionen der LINKEN

Die Basisorganisationen in Süd diskutierten bei hochsommerlichen Temperaturen intensiv mit Heinz Vietze, Mitglied der Programmkommission.

Bereits vor dem Erscheinen des Entwurfs befassten wir uns in der BO Südo6 einer Anregung unserer Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ folgend mit unseren Erwartungen an das Parteiprogramm. Im Ergebnis der Diskussion waren wir uns einig, dass mit dem Erscheinen des Entwurfes eine sehr intensive Diskussion hierzu in der BO geführt werden muss. Bis zum Jahresende werden wir in jedem Monat einen Diskussionsabend in der BO durchführen. Dabei orientieren wir uns thematisch zunächst an die Werkstätten, die der KV organisiert, arbeiten aber zugleich heraus, zu welchen Fragen im kommenden Jahr vertiefende Diskussionen geführt werden sollen, möglichst auch mit Gastreferenten.

Am 20. Juli war es dann soweit. Wir (BO Südo2 und o6) wollten in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung über die Quellen, Wurzeln und Traditionen der LINKEN diskutieren. Als Gast hatten wir Gen. Heinz Vietze, Mitglied der Programmkommission, gewonnen. Trotz der extremen Sommerhitze waren fast alle Genossen der BOen gekommen, dazu zwei Gäste aus Neuberesinchen, die der Einladung durch den „Roten Hahn“ gefolgt waren.

Wir baten unseren Gast, Gen. Heinz Vietze, in seinen einleitenden Worten besonders auch auf jene Probleme einzugehen, die zu lösen waren, um zu einem einheitlichen Programmentwurf zu kommen. Auf der Grundlage seiner Ausführungen, in denen er auch auf die in der Partei noch streitbaren Fragen einging, entwickelte sich eine lebendige Diskussion. Sie ging zwar nicht so intensiv auf den ersten Abschnitt des Programmentwurfes ein, wie es wünschenswert gewesen wäre, half aber dafür den Blick für die zu lösenden Probleme in der Programmdiskussion zu schärfen.

Als in der Programmdiskussion streitbare Fragen benannte Gen. Vietze unter anderem:

- die Bewertung des kapitalistischen Systems, seine gegenwärtige und zukünftige Leistungs- und Innovationsfähigkeit. Welchen realen Einfluss hat die Politik darauf?
- in der Eigentumsfrage die Sinnhaftigkeit von Verstaatlichung ohne Änderung der entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der Haltung der Menschen zum Staatseigentum (siehe DDR)
- unsere Positionen zum Wachstum generell – dabei Umweltfragen berücksichtigen. Reicht das gesellschaftliche Konsumtionsbedürfnis aus, um Produktionsumfang und -methode zu bestimmen?
- die inhaltliche Begrifflichkeit des demokratischen Sozialismus intensiv weiter zu bedenken und offensiver zu erklären, auch weil der Begriff in den alten Bundesländern durch die neoliberale Politik der SPD (Hartz IV) sehr stark in Misskredit gebracht wurde.
- den Ausbau der demokratischen Mitwirkung in Politik und Wirtschaft des Rechtsstaates sowie die Rolle der Medienmacht, der journalistischen Machtpolitik – daraus unseren Umgang mit den Medien.
- unsere Positionen zur Regierungsbeteiligung sowie den Umgang miteinander in dieser Frage.

Ich meine, dass diese und andere Fragen auch unsere Themen sein werden, die uns in den nächsten Monaten in der Programmdiskussion stark beschäftigen werden.

So gesehen ist der Abend mit Gen. Heinz Vietze uns auch für die nachfolgenden Diskussionen zum Programmentwurf eine Hilfe gewesen.

Hans Westphal
BO Süd06

Wortmeldung zum Programm

Im Rahmen der Diskussion des ersten Entwurfs unseres neuen Parteiprogramms beschäftigten wir uns in den BO m23 und 24 mit dem Abschnitt I: Woher wir kommen, wer wir sind.

Acht Mitglieder unserer beiden Gruppen hatten sich zusammengefunden, um erste Gedanken zu dem vorliegenden Material zu äußern.

Eingangs stellten wir fest, dass es sehr anspruchsvoll ist, die Geschichte der Arbeiterbewegung über einen Zeitraum von 170 Jahren auf knappem Raum von anderthalb Seiten darzustellen. Allein über die letzten 65 Jahre streiten sich Scharen von Historikern um Wertungen, die der Nachwelt ein annähernd richtiges Bild von der Geschichte vermitteln können.

Um so mehr kommt es in unserem künftigen Grundsatzdokument auf die treffende Wortwahl für jedes ausgewählte Ereignis an.

Die Präambel stand nicht zur Debatte, wurde aber trotzdem als gelungene und verständliche Einführung, als Grundorientierung erwähnt, und von allen wurde dieser Einschätzung beigepflichtet.

Der Diskussion wurde vorangestellt: „Es bekam den Deutschen nie gut, wenn sie mit Geschichtslügen oder auch nur grob vereinfachten Bildern ihrer Vergangenheit bedient wurden und ihnen glaubten.“ (*K. Pätzold, ND 07./08.05.2010, S. 25*).

Neues Deutschland begleitet die Programmdebatte der Partei DIE LINKE – in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung – mit einer eigenen Artikelserie. Sie erscheint jeweils in der Montagausgabe. Die erschienen Artikel sind auch im Internet unter http://www.neues-deutschland.de/dossiers/77.html nachzulesen.

Zum ersten Abschnitt wurden die einleitenden Sätze mit Erwartungen verbunden, die sich nicht erfüllten. Die explizite Erwähnung von Marx und Engels regte an, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ zur Hand zu nehmen und damit Maßstäbe zu setzen für das neue Programm. Aus der anschließenden Diskussion ergaben sich folgende Feststellungen:

Das Potsdamer Abkommen, der Kalte Krieg oder die Teilung Deutschlands sind nicht erwähnt. Während die politischen Veränderungen in Westdeutschland beispielgebend aufgelistet werden, sind die Erfahrungen aus der Entwicklung der DDR mit negativen Wertungen versehen, so als wären die positiven Errungenschaften den Bürgern der DDR in den Schoß gefallen und nur durch die rigide Staatsführung verspielt worden. Keine Erwähnung erfährt der Kampf um den Erhalt der wirtschaftlichen Einheit und der Kampf der Volkskongressbewegung.

Mit der gegenwärtigen Fassung werden nicht die Erfahrungen aus dem politischen Kampf der DDR „gebündelt dargestellt“, sondern vielmehr der Kinkelschen Aufforderung zur Delegitimierung der DDR nacheilender Gehorsam gezollt. Dem darf wohl in einem LINKEN Programm kein Raum gegeben werden.

Auch die Wortwahl „Politisierung des Arbeitermilieus“, “Arbeiterschaft“ oder „Nationalsozialismus“ statt „Faschismus“ sind nicht akzeptabel.

Und nicht zuletzt haben Karl und Rosa nicht „mit ihrem Leben bezahlt“, sondern sind brutal ermordet worden.

Insgesamt hat somit der Abschnitt I nicht die Zustimmung unserer Gruppen erhalten und bedarf einer gründlichen Überarbeitung. Unsere Änderungsvorschläge werden wir gesondert zu Papier bringen, weiterleiten und zur Diskussion stellen.

Rolf Jenichen
BO M23

Gesellschaftliche Veränderung auf der Grundlage von Marx und Engels

Diskussionsbeitrag zur Präambel und zum Teil I des Programmentwurfes der Partei DIE LINKE

Die Genossinnen und Genossen der M28 diskutierten am 29. Juni d. J. in einer ersten Runde zur Präambel und zu den Quellen und Wurzeln der Linken. Geschult durch unsere Mitarbeit an Entwürfen früherer Parteiprogramme leiteten Genossen die Diskussion ein. Wir hielten uns an den vorliegenden Text, verbanden diesen Inhalt mit unseren Erfahrungen, den Widersprüchen und unserem Wissen.

Grundsätzlich stimmen wir dem Entwurf zu und zwar auf Grund seiner antikapitalistischen und antikriegerischen Leitidee. Die Präambel findet deshalb unsere Zustimmung, weil ihre Kernaussage nicht auf einen verbesserten Kapitalismus zielt sondern auf die gesellschaftliche Veränderung - den demokratischen Sozialismus. Deshalb sollte der Entwurf als Grundlage aller Diskussion gesichert und nicht verrissen werden von „Vordenkern".

Bei aller Zustimmung zu einer Analyse im Abschnitt I sehen wir folgende Punkte kritisch:

1. Für uns sind die „Wurzeln" bei Marx und Engels nicht unter „ferner liefen" zu finden, sondern die marxschen Lehren gehören in die „erste Reihe".

2. Nach unserer Auffassung ist es falsch, dass die Sozialdemokratie gespaltet wurde durch den Beginn des 1. Weltkrieges. Wir meinen, dass die unterschiedlichen Haltungen sozialdemokratischer Führer zu Kriegskrediten und zum Krieg zur Spaltung führten.

3. Grundsätzlich sollten wir Linken vom Faschismus, nicht dem Mainstream folgend vom Nationalsozialismus sprechen.

4. Die Gründung einer einheitlichen Partei 1946 sollte weder verteufelt noch im Nachhinein gerechtfertigt werden. Gerade auch die Erfahrungen unserer alten Genossen besagen, dass der Zusammenschluss historisch notwendig war. Fehler und Mängel im Vereinigungsprozess sind zu benennen, sie sind wesentlich aus den konkreten historischen Bedingungen zu erklären.

Die Lehren aus der damaligen Vereinigung haben uns Linken gerade heute noch etwas zu sagen.

5. Wir halten es für eine verkürzte historische Darstellung, dass „ ... nach dem Krieg ... in Ost- und Mitteleuropa Staaten mit sozialistischem Anspruch aufgebaut (wurden)".

6. Aus unserer Sicht ist der richtige Ausgangspunkt der Entwicklung in Deutschland nach der Befreiung das Potsdamer Abkommen, das die Entnazifizierung, die Beseitigung der Wurzeln für Faschismus und Krieg und die Demokratisierung beinhaltet.

Die Geschichte der Bildung und Entwicklung der bei den deutschen Staaten sollten mit gleichen Kriterien bearbeitet werden, z.B. der Einfluss der Besatzungsmächte und der unterschiedlichen Bündnisse, der Einfluss des kalten Krieges, das jeweilige innenpolitische Kräfteverhältnis, die Einordnung in die europäische Entwicklung ...

In diesem Abschnitt findet unter E die Veränderung der sozialökonomischen Struktur in der DDR zu wenig Berücksichtigung. Aber gerade darin sehen wir eine entscheidende Grundlage für alle sozialen Leistungen.

Mit vielen persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen konnten die Genossinnen und Genossen unserer BO belegen, dass sich die DDR von Anfang an gegen Anfeindungen auf allen gesellschaftlichen Gebieten wehren musste. Diese Abwehr war zugegebener Maßen in manchen Fällen überzogen.

7. Für die Ereignisse 1989 und die Folgejahre ist uns eine direktere, konkretere Sprache wichtig, die auf die Widersprüchlichkeit aufmerksam macht: Einerseits zielte die Massenbewegung, an der sich auch viele Genossen beteiligten, auf mehr Demokratie, andererseits wurde im Ergebnis das Volkseigentum beseitigt.

8. Uns fehlen auch Aussagen, warum der demokratische Aufbruch scheiterte. Einen Ansatzpunkt sehen wir in den Bestrebungen der politischen und wirtschaftlichen Eliten.

In unserer 1. Veranstaltung zum Entwurf wurde uns klar, dass wir nicht nur von unseren Erfahrungen, unserem Wissen ausgehen können, sondern auch die der Anderen kennen lernen und akzeptieren wollen. In diesem Sinne bereiten wir die nächsten Diskussionen vor und sind gespannt auf die Meinungen anderer BO.

Sonnhild Grünberg und
Elke Thiele
BO M28

Programm – Diskussion

Auch Mitglieder der LINKEN in Frankfurt (Oder) bringen sich in die Debatte um den Programmentwurf der Partei ein.

„Analyse der jetzigen Gesellschaft"

2. Werkstatt am 21.08.2010
10 – 12 Uhr
Clubraum, Haus der Künste

Interessierte Mitglieder und SympathisantInnen sind herzlich willkommen.

Diskussion – Veränderung

Intensive Gespräche wurden bisher in einigen Basisgruppen geführt. Die Werkstätten sollen neue Anregungen geben.

„Gesellschaftliche Zielstellung – Demokratischer Sozialismus"

3. Werkstatt am 25.09.2010
10 – 12 Uhr
Clubraum, Haus der Künste

Interessierte Mitglieder und SympathisantInnen sind herzlich willkommen.

Hallo Gisela Unglaube

in der letzten Ausgabe unseres Roten Hahn haben wir Ihren Beitrag „Zug der Erinnerungen“, für den wir Ihnen sehr herzlich danken, veröffentlicht. Leider ist uns dabei ein Fehler passiert. Dafür bitten wir Sie um Entschuldigung. Wir drucken an dieser Stelle den letzten Abschnitt Ihres Originaltextes ab:

Und: Frau Surchale, die Personalmanagerin der Deutschen Bahn, bejahte in einer der ersten Sonntagssendungen von Anne Will, daß sie über ein monatliches Einkommen von 140.000 Euro verfügt!

In den 40 Jahren DDR-Zeit hatten wir eine eindeutige Stellung zu Faschismus und Krieg, und Täter, wie seinerzeit der untergetauchte SS-Arzt aus Fredersdorf wurden konsequent aus dem Verkehr gezogen, es gab eine tiefe Scham, Solidarität und ein großes Mitgefühl mit denen, die durch den Faschismus unsägliches Leid erfuhren. Heute, 20 Jahre nach dem Mauerfall, wird im aktuellsten Heft der Super-Illu die Uckermark vorgestellt, mit Lychen, Templin und vielen anderen schönen Orten. Aber: Ravensbrück als Frauenkonzentrationslager und Gedenkstätte existiert nicht – es passt wohl in die schöne Landschaft nicht hinein.

Wir freuen uns, sehr geehrte Frau Unglaube, wenn Sie als langjährige treue Leserin unseres Roten Hahn auch weiterhin zur Feder greifen. Wir rechnen mit Ihnen.

Ihre Ehrenamtliche Redaktion des Roten Hahn

„Greift zur Feder, Genossen!“

Ist in unserer Kreisorganisation – ja, selbst in unserer Basisorganisation Südo6 – schon zu einem geflügelten Wort gereift.

Einen entscheidenden Anteil daran hat unser Genosse Erik Rohrbach, und auf seine Initiative fanden sich am 29. Juni dieses Jahres im Hotel und Restaurant „Zur Alten Oder“ zur ersten „Autorenrunde“ eine Anzahl Genossen und Sympathisanten ein, als unser 90-jähriger Genosse Gerhard Stockenberg Episoden aus seinem Minibuch „Zeitreise durch mein Leben“ vortrug. Wir alle folgten interessiert seinen Ausführungen. In der anschließenden Diskussion wurde auch die Empfehlung ausgesprochen, Buchvorstellungen in solcher Art fortzusetzen.

So steht der nächste Termin für den 7. September 2010 ins Haus, zu dem unsere Genossin Herta Scholze ihren „Almanach“ der Emotionen“ vorstellt. Mein Mann und ich freuen uns schon darauf, denn wir hatten bereits vorab die Gelegenheit, ihr Manuskript in den Händen zu halten und einen Blick hineinzuwerfen – neugierig geworden, da wir schon einige Veröffentlichungen von ihr im „Roten Hahn“ gelesen hatten.

Geboren in Mecklenburg, führte sie ihr Lebensweg letztendlich nach Frankfurt (Oder). Es ist schon lesenswert, wie sie es verstanden hat, verschiedene Stationen ihres Lebens in poetischen Texten darzulegen, vor allem auch einzelne Eindrücke wiederzugeben. Selbst Gedanken über einen alten Baum am Zehmeplatz oder die sie faszinierende Oderlandschaft brachte sie zu Papier. Auch zum Nachdenken anregende Kindergeschichten und nicht zuletzt Liebeslyrik finden wir in ihrem „Almanach“. Es ist beeindruckend, wie Herta Scholze es versteht, ihren Ideen Ausdruck zu verleihen.

Ich hoffe, mit meinen wenigen Zeilen Neugier geweckt zu haben auf das neue **Minibuch** von **Herta Scholze** zur nächsten **„Autorenrunde“ am 7. September**.

Ingeborg Senst

Goethe und unser zweites Miniaturbuch

Unser Kreisvorstand hat auch auf Anregung von Genossen aus Basisgruppen beschlossen, zum 20. Brückenfest 2012 unser zweites Miniaturbuch des Kreisvorstandes herauszugeben.

Was das mit Geheimrat Goethe zu tun hat? Von ihm stammt der Satz: „Gewisse Bücher scheinen geschrieben zu sein, nicht damit man daraus lerne, sondern damit man wisse, dass der Verfasser etwas gewusst hat.“

Mit unserem neuen Miniaturbuchvorhaben wollen wir Goethe mit Absicht widersprechen, dem seit 2007 bestehenden Aufruf „Greift zur Feder, Genossen!“ einen neuen Impuls geben und uns zum 20. Brückenfest selbst ein Geschenk machen.

Natürlich werden wir unsere Erfahrungen bei der Erarbeitung unseres ersten Miniaturbuches von 2009 „Wir über uns“ nutzen und etwas Besonderes, Einmaliges und Schönes gestalten.

Kürzlich hatte ich zu dem neuen Vorhaben noch vor der Beratung und Beschlussfassung im Kreisvorstand einen anregenden Gedankenaustausch mit Rudi Ramm, einem der Väter unseres Brückenfestes. Ich wollte mir „Rückendeckung“ von ihm für das neue Buchprojekt holen, was sicher gelang ...

Nun könnte mancher Leser unseres Roten Hahn einwenden, bis zum Brückenfest 2012 ist noch viel Zeit. Genau deshalb beginnen wir jetzt, Erlebnisse, Episoden und Unvergessliches unserer Brückenfeste aufzuschreiben. Das beginnt beim Nachdenken darüber, was uns mit unserem Brückenfest verbindet.

Ich möchte mit diesem ersten Beitrag zu unserem neuen Miniaturbuchprojekt Genossinnen und Genossen anregen, das, was sie mit unserem gemeinsamen Fest zum 1. Mai verbindet, für den Roten Hahn aufzuschreiben und die jetzige besonders geeignete Urlaubszeit zu nutzen.

Natürlich wird in Gesamtmitgliederversammlungen und in Beratungen unserer Basisgruppen noch Gelegenheit sein, über unser Vorhaben zu sprechen. Auch Titelvorschläge, die auf den Buchrücken passen, sind gefragt.

Von den „Machern“ der Brückenfeste wie Rudi Ramm, Jürgen Abraham, Günther Wullekopf, Frank Hammer, Werner Häsler, Axel Henschke, Werner Kulla, Rosi Matting, Hubert Richter, Ella Schleese, Christiana Rothe, um nur einige zu nennen, erwarte ich, dass sie durch ihre Wortbeiträge das neue Miniaturbuch bereichern.

Die Genannten haben durch ihr Tun selbst Brückenfestgeschichte geschrieben.

Ich bin sicher, die von mir sehr geschätzte Autorin Herta Scholze wird ein sehr gefühlsbetontes Gedicht zum 20. Brückenfest schreiben ...

Von unseren zwölf (!) Buchautoren aus unserer Mitgliedschaft, die eigene Editionen veröffentlicht haben oder dabei sind, ist eine Wortmeldung selbstredend eingeplant.

Natürlich weiß ich, so einfach wird das Ganze nicht und ich betrachte das hier Geschriebene und das Gesamtvorhaben in erster Linie als einen Anspruch an die Ehrenamtliche Redaktion unseres Roten Hahn und an mich selbst.

Wie sagt ein bekanntes Sprichwort? „Ohne Begeisterung ist noch nie etwas Großes geschaffen worden.“

Unser zweites Miniaturbuch zum 20. Brückenfest 2012 soll etwas Begeisterndes und Schönes werden.

In bekanntem Sinne: „Greift zur Feder, Genossen!“

Erik Rohrbach

LINKE gegen Sozialkahlschlag

Gesine Lötzsch, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, nach Beratung des Geschäftsführenden Parteivorstandes *(ein Auszug)*:

Erstens zur Frage Hartz IV: Sie wissen alle, dass DIE LINKE Hartz IV ablehnt und wir Hartz IV überwinden wollen. Solange das nicht gelungen ist, schauen wir uns genau an, in welchen Schritten man Hartz IV überwinden kann. Wir sind der Auffassung, dass der Regelsatz auf 500,00 € angehoben werden muss. Sie wissen, dass die Sozialverbände auch eine deutliche Anhebung des Regelsatzes fordern, und zwar im Augenblick auf 420,00 €. Die entscheidende Frage ist aus meiner Sicht nicht, an welche Entwicklung – Inflationsentwicklung, Rentenentwicklung – wird der Hartz-IV-Satz gekoppelt, sondern die entscheidende Frage ist, ob es möglich ist, von diesem Satz ein menschenwürdiges Leben zu führen. Vor allen Dingen wie Kinder und Familien mit Kindern mit Hartz IV so leben können, dass auch die Kinder eine Chance für ihr Leben haben. Es ist mir wichtig, an der Stelle zu betonen, dass die Diskussion über das Verhältnis Hartz IV und Lohnabstandsgebot von den meisten anderen politischen Parteien vom falschen Ende aufgezäumt ist. Wenn wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland hätten, dann hätten wir auch eine entsprechende Grenze, an der der Abstand von Arbeit und Hartz IV deutlich wird.

Hartz IV diskriminiert

Im Augenblick ist Hartz IV so etwas wie eine Lohnuntergrenze. Unsere Forderung ist aber, endlich gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Diskussion fordern wir, dass die Streichung des Elterngeldes für alleinerziehende Hartz-IV-Empfänger gestrichen werden soll. Hartz-IV-Empfänger dürfen nicht benachteiligt werden. Das ist unsere klare Position. Nun gibt es viele Diskussionen darüber, ob Hartz-IV-Empfänger, die Kinder haben, genügend von ihrem Hartz-IV-Geld dafür verwenden, den Kindern auch Bildungsmöglichkeiten zu gewähren. Das unterstellt natürlich erst einmal, dass jeder, der Hartz IV empfängt, nicht gewillt und in der Lage ist, mit Geld umzugehen und nicht genügend für seine Kinder tun will. Das ist ein Menschenbild, was wir nicht teilen. (...) Die Lösung, die wir sehen, ist, dass wir nicht weiter zulassen dürfen, dass die Arbeitslosen die Krise mitbezahlen sollen und nicht die, die die Krise verursacht haben. Vermögen muss also wieder gerecht in Deutschland besteuert werden. Es darf nicht alles auf den Ärmsten der Armen abgelegt werden.

Lohnanstieg jetzt

Zweitens zur Lohnentwicklung: Der Wirtschaftsweise Bofinger hat sich heute geäußert und gefordert, dass es in Deutschland mindestens drei Prozent mehr Lohn zur Stabilisierung der Konjunktur geben müsste. Das ist eine Forderung, die wir sehr sinnvoll finden. Im Augenblick wird sehr viel darüber diskutiert, dass wir einen Wirtschaftsaufschwung haben. (...) Das heißt, wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Löhne. Wir brauchen dann natürlich auch kampfstarke Gewerkschaften, die dies durchsetzen. Und wir müssen darauf achten, dass Deutschland nicht nur auf den Export orientiert, sondern auch die Binnenkonjunktur gestärkt wird. Auch an dieser Stelle ist noch einmal zu betonen, dass die Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn aktueller denn je ist.

Mindestlöhne – Ost = West

Dritter Punkt, Mindestlöhne in der Pflege: In einigen Bereichen und Branchen werden nach und nach Mindestlöhne eingeführt. Das führen wir auch auf den politischen Druck der LINKEN, aber auch natürlich anderen Parteien und Gewerkschaften zurück. Allerdings, wenn wir uns die Beschlüsse anschauen, seit dem 01. August gelten Mindestlöhne in der Pflege, 8,50 € im Westen unseres Vaterlandes und 7,50 € im Osten. Ich bin sehr darauf gespannt, wie die Kanzlerin anlässlich der Feierlichkeiten „20 Jahre deutsche Einheit“ den Menschen erklärt, warum es immer noch unterschiedliche Mindestlöhne in Ost und West gibt. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber es ist auch eine Frage der strukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik, denn die schlechtere Bezahlung im Osten ist ja schließlich ein wesentlicher Grund dafür, dass immer mehr junge Menschen, leistungsfähige Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern abwandern und es immer größere strukturelle und demographische Probleme im Osten gibt.

Guter Lohn = Gute Rente

Vierter Punkt zur Rentengarantie: Die Rentengarantie, über die jetzt kritisch diskutiert wird, ist nicht mehr als eine Notbremse – das muss man ganz deutlich sagen –, weil die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren immer mehr dazu beigetragen hat, die Löhne zu drücken. Wir wissen, dass die Basis für gute Renten gute Löhne sind. Wenn die Löhne in unserem Land endlich wieder vernünftig steigen würden, so wie in anderen Ländern der Europäischen Union, dann würde man die Notbremse Rentengarantie nicht brauchen. Jetzt wird die Diskussion dazu genutzt, um sowohl die Löhne zu drücken als auch die Rentnerinnen und Rentner zu verunsichern, den Konflikt zwischen den Generationen zu schüren. Das halte ich für eine unverantwortliche Politik.

Stopp Überwachung LINKER

Fünfter Punkt, Verfassungsschutz: Am 21. Juli 2010 gab es eine Entscheidung beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Bodo Ramelow, der sich für unsere Partei quasi stellvertretend in die Bresche geworfen und eine Vielzahl von Prozessen geführt hat, ist zu dem Ergebnis gekommen, dass er gegen dieses Urteil von Leipzig vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wird. Wir unterstützen die Position von Bodo Ramelow, und wir sind ihm dankbar, dass er diese öffentliche Auseinandersetzung führt. Wir werden genau überlegen, wie wir uns gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen gegen diese Überwachung mit geheimdienstlichen Methoden zur Wehr setzen. Ich finde, man muss da gar nicht ins Detail gehen, sondern kann ja eine sehr grundsätzliche Position dazu haben, warum es eigentlich diese Beobachtung durch einen Geheimdienst gibt. Ich sehe den Verfassungsschutz als Mittel missbraucht, die LINKE politisch zu diskreditieren. Es soll erreicht werden, dass Menschen daran gehindert werden, sich der LINKEN anzuschließen, sich öffentlich zu ihr zu bekennen oder Mitglied der LINKEN zu werden und öffentlich für sie zu wirken. Darum ist es für uns nur logisch, unsere Forderung zu wiederholen, dass endlich ein Ende der Überwachung unserer Partei durch den Verfassungsschutz beschlossen wird.

Aufklärung unterstützen

Sechster und letzter Punkt: Klaus Ernst wird in den Medien im Augenblick sehr stark beachtet. Aufgrund von Medienberichten sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin gegen Klaus Ernst bekannt geworden. Bei diesen Ermittlungen geht es um die notwendige Abgrenzung von mandatsbezogenen Reisekosten zu Reisekosten, die nichts mit dem Mandat zu tun haben. Wir unterstützen Klaus Ernst in seinem Bemühen, dass er möglichst zügig und möglichst viel gemeinsam mit den zuständigen Behörden zur Aufklärung beiträgt. Wichtig ist für mich, dass Klaus Ernst sich in keiner Weise persönlich bereichert hat – das hat ihm auch bisher noch niemand vorgeworfen, aber ich will es noch einmal wiederholen. Wir erkennen natürlich auch, dass es Versuche gibt, diesen Vorgang politisch gegen Klaus Ernst, den Vorsitzenden der LINKEN, und DIE LINKE an sich zu instrumentalisieren. Wir als Vorstand haben Klaus Ernst unsere Solidarität ausgesprochen und wir hoffen, dass es gelingen wird, dass möglichst schnell alle Fragen geklärt sind.

Über Krieg führt kein Weg zum Frieden – 1. September 2010

„Für junge Menschen ist es schwer, zu begreifen, wie das alles gewesen ist – Wenn die Erinnerung nicht bleibt, dann kann sich alles wiederholen“.
Marek Edelmann in einem Interview in der Zeitung Zeit

Der inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz am 31. August 1939 ist der bekannteste Vorfall, aus einer Reihe von Vorfällen, die als Vorwand für den Überfall auf Polen diente und somit den Zweiten Weltkrieg auslöste. Am 1. September begann eine neue Dimension der Verbrechen des Nazi-Faschismus.

Die Ausstellung
DER ÜBERFALL AUF POLEN – ist ein Beitrag gegen das Vergessen, gegen die Verschleierung der Wahrheit nach Ursache und Wirkung eines Krieges, der von Deutschland ausging. Wichtig ist die Erinnerung daran, wie alles begann und wie es endete.
Den Erinnerungen Raum geben, sich damit auseinanderzusetzen, dazu laden wir Schüler, Eltern und Interessierte diesseits und jenseits der Oder herzlich ein.

Im Gedenken an John Lennon errichtete seine Frau Yoko Ono dieses Mosaik im Central Park in New York, genannt: Strawberry Fields Memorial. Menschen gestalteten aus Steinen und Blumen das PEACE-Zeichen.

Mahnung – Erinnerung

Die Ausstellung

Der Überfall auf Polen

der Friedensbibliothek/des Antikriegsmuseums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

zu sehen vom **05. 08. – 30. 09. 2010** in der Friedenskirche

bis 22.08.2010	ab 23.08.2010
Di 14:00 – 16:00 Uhr	montags bis freitags
Do 10:00 – 12:00 Uhr	von 10:00 – 16:00 Uhr

Besuchstermine können auch individuell vereinbart werden.
Die Ausstellungstexte sind sowohl in Deutsch als auch in Polnisch zu lesen. Wir bieten auch eine Ausstellungsbegleitung mit deutsch-polnischer Übersetzung an.

Friedensweg zum Weltfriedenstag

17:00 Uhr Friedensglocke
Andacht
Läuten der Friedensglocke

17:30 Uhr Stadtbrücke
„Das Geheimnis der Versöhnung ist Erinnerung“
Begegnung auf der Stadtbrücke
Ansprachen

18:00 Uhr Friedenskirche
„Der Überfall auf Polen“
Zeitzeugen zur Ausstellung
Kulturprogramm

Impressum

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei
DIE LINKE.,
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon (0335) 4002047
mail: geschaeftsstelle@
dielinke-ffo.de

ehrenamtliche Redaktion
Gudrun Lindner, Ella Schleese, Sandra Seifert, Horst Dahlmann, Thomas Feske, Rolf Jenichen, Eberhard Plehn, Erik Rohrbach

Druck Eigendruck
Auflage 700

Redaktionsschluss: 07.08.2010

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.